

Billiger Tod

Opfer von Terroranschlägen fühlen sich vom deutschen Staat oft im Stich gelassen. Im Vergleich zu den USA sind Schmerzensgelder kümmerlich.

Als sich die Hamburgerin Sybille Dircks, 45, am Samstag vorvergangener Woche zur Trauerfeier des Anschlags auf das World Trade Center (WTC) nach New York aufmachte, flog sie mit dem beruhigenden Gefühl, dass für die Hinterbliebenen ihres Bruders alles geregelt sei. Christian Wemmers, damals 42, starb am 11. September 2001 im 106. Stockwerk des Nordturms. "Wie uns danach geholfen wurde, war sensationell", sagt die Schwester ein Jahr danach, "wir wurden mit Hilfe geradezu verwöhnt." Als Entschädigung werden Wemmers' Angehörige in absehbarer Zeit aus einem staatlichen US-Hilfsfonds einen siebenstelligen Dollarbetrag erhalten.

Genau in dem Moment, als Sybille Dircks in New York dann am 11. September die Namen der zehn deutschen Qaida-Opfer verlas, feierte Michael Esper, 36, den vierten Geburtstag seines Sohnes Adrian mit einem Gartenfest. Fünf Monate zuvor, beim Terroranschlag auf die Ghriba-Synagoge auf Djerba, waren über 50 Prozent von Adrians Haut verbrannt. Die Ärzte kämpften wochenlang um das Leben des Jungen aus Bergkamen, viele teure Operationen werden noch folgen.

Zwei Anschläge, in unterschiedlichen Ländern, zweimal Deutsche als Opfer. Doch unterschiedlicher könnte die Situation für die Betroffenen nicht sein. Während Wemmers' Familie, weil das Attentat in den USA passierte, auch nach dem Tod des Geschäftsmanns zumindest bald ohne finanzielle Sorgen leben kann, treffen die Anschlagfolgen Espers Familie auch materiell hart.

Michael Esper, der auf Djerba hüftabwärts schwere Verbrennungen davontrug und mehrere Wochen im Krankenhaus lag, verlor seinen Job als Chemie-Ingenieur. Seine Frau Andrea, beim Anschlag unverletzt geblieben, musste sich aus ihrem Geschäft für Kunstgewerbe zurückziehen, um Adrian rund um die Uhr pflegen zu können.

Was die Eheleute wütend macht: Monatelang habe niemand Interesse gezeigt, sie über die Hintergründe des Anschlags aufzuklären, niemand habe sich um Schadensersatz und Schmerzensgeld gekümmert. Deshalb haben die Espers mit 16 anderen Betroffenen den Deutschen Opferschutzbund Djerba gegründet. Am Donnerstag vergangener Woche sprach Michael Esper noch einmal persönlich bei der Bundesjustizministerin vor, um ihr seinen Ärger mitzuteilen. Herta Däubler-Gmelin (SPD) versprach, sich für die Geschädigten einzusetzen.

Familien wie die Espers fühlen sich als Opfer zweiter oder dritter Klasse. Ob Djerba oder New York, Eschede oder Erfurt - wann immer großes Leid die Menschen trifft, versprechen Politiker schnelle und unbürokratische Hilfe. Doch der öffentlichen Betroffenheit folgen wenig Taten. Am Ende marschieren für die Opfer stets Rechtsanwälte auf, doch der Ärger bleibt.

In den USA hingegen, dem Land der unbegrenzten Entschädigungssummen, hat die Betreuung der WTC-Opfer neue Maßstäbe gesetzt. Generell erhält jeder Hinterbliebene aus einem staatlichen Topf 250 000 Dollar Schmerzensgeld; für Ehegatten und pro Kind wird dieser Betrag um je 100 000 Dollar aufgestockt. Nach einem komplizierten, aber nachvollziehbaren Schlüssel bekommen die Hinterbliebenen zudem zwischen 600 000 und 3 Millionen Dollar Schadensersatz - egal ob das Opfer aus den USA oder dem Ausland stammte. Spätestens 120 Tage nachdem die Unterlagen vollständig eingereicht wurden, erfährt jeder, wie viel Geld ihm ausgezahlt wird.

Für ein Land, in dem einem krebskranken Raucher schon einmal 100 Millionen Dollar zugesprochen wurden, sind die Summen, die für deutsche Ohren horrend klingen, durchaus moderat. Der hannoversche Opferanwalt Ulrich von Jeinsen, der in den USA unter anderem an der Entschädigung der Hinterbliebenen des Concorde-Absturzes in Paris vom Juli 2000 mitgewirkt hat, sieht in den Regelungen einen "tief greifenden Einschnitt" in das amerikanische Rechtssystem. Denn der Fonds garantiert schnelles Geld, er

dient aber auch als Schutz für amerikanische Unternehmen: Versicherungen und Fluggesellschaften hätten Entschädigungen wie in den Raucherprozessen kaum überlebt.

Die meisten Hinterbliebenen werden mit der Summe ohnedies zufrieden sein. Nichts hassen sie mehr als juristisches Feilschen um die Frage, wie viel ein Leben wert ist. "Es ist so ekelhaft, dass es immer um Geld geht", sagt Torsten Denecke, der durch die Explosion auf Djerba Schwiegermutter, Schwägerin und einen Neffen verlor.

Die Betroffenen wollen zuallererst Beistand und Hilfe in bürokratischen Fragen - Unterstützung, mit der sich deutsche Regierungen und Verwaltungen oft quälend schwer tun. Das musste auch Constanze Menzel erfahren. "Das Auswärtige Amt hat nichts getan. Ich musste mich allein durchwursteln", sagt die Frau aus Wilhelmshaven. Ihr Mann starb in der Maschine der United Airlines, die am 11. September in den Südturm des WTC knallte.

Die Vorwürfe der Opfer von Djerba richten sich nicht nur gegen den deutschen Staat, sondern vor allem gegen den Reiseveranstalter TUI. In einem Katalog von 25 Fragen verlangte der Schutzbund Aufklärung über die Vorgänge auf der Ferieninsel. Die TUI-Antworten seien so lapidar gewesen, schimpft Esper, als hätte "sie eine Putzfrau aufgeschrieben". Nun will seine Selbsthilfegruppe weiter gegen diese "arroganten Herrschaften" vorgehen. Es könne doch wohl nicht sein, sagt Denecke, dass TUI "Menschen in ein Land karrt, in dem es schon vorher offensichtlich Sicherheitsprobleme gab, und nachher will davon keiner mehr etwas wissen".

Die Geschädigten können auch nicht verstehen, dass seelische Schmerzen allein nicht ausreichen, um in Deutschland Schmerzensgeld zu erhalten. "Opfer haben es eben generell sehr schwer hier", sagt Gerhart Baum, der ehemalige Bundesinnenminister, der heute als Anwalt Betroffene von Katastrophen vertritt. Das öffentliche Mitgefühl verebbe schnell und mit ihm die Bereitschaft, sich um Betroffene zu kümmern - eine Haltung, die durch das Rechtssystem noch gestützt wird. Denn Anspruch auf Schmerzensgeld haben Angehörige von Getöteten beispielsweise nur dann, wenn sie nachweisen können, dass ihre Trauer zu einem echten Gesundheitsschaden geführt hat.

So kommen Sachschäden schnell teuer, und der Tod ist billig - an dieser Systematik rüttelt auch das neue Schadensersatzrecht nicht, das im Sommer in Kraft getreten ist. Die Regierung habe Korrekturen mit dem Argument abgelehnt, kritisiert Anwalt von Jeinsen, "sie wolle die Trauer nicht kommerzialisieren". Deshalb muss Baum weitere Prozesse führen wie vor dem Landgericht Koblenz. In einem Pilotverfahren vertritt er derzeit fünf Opfer der Flugkatastrophe vom 28. August 1988 in Ramstein. Nach dem Zusammenstoß dreier Maschinen einer italienischen Kunstflugstaffel starben 67 Zuschauer. Konrad F. quälen bis heute die Bilder der Erinnerung an den Tag, an dem seine Ehefrau elend zu Tode kam. Außer den Beerdigungskosten erhielt er bisher keinen Schadensersatz oder Schmerzensgeld. Nun klagt er wegen "schwerer posttraumatischer Verletzungen" gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Wenigstens Terroropfer sollen es jetzt besser haben. Die Bundesregierung hat nach dem Djerba-Anschlag erstmals einen allgemeinen Fonds für Terrorgeschädigte aufgelegt, gefüllt mit zehn Millionen Euro. Die Angehörigen der Djerba-Opfer erhielten in den vergangenen Tagen Geld - für jeden Toten gab es 10 000 Euro.

UDO LUDWIG